



Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Parteifreundinnen,

liebe Parteifreunde,

in der neuesten Ausgabe meines Berichts aus Berlin informiere ich Sie wieder über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin und gebe Ihnen einen Einblick über meinen Einsatz für Mannheim. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Ihr



HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat und zum Jubiläumsgipfel der Staats- und Regierungschefs](#)
2. [Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung](#)
3. [Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher EU-Richtlinien zur Arbeitsmigration](#)
4. [Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung der GKV](#)
5. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)

1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat und zum Jubiläumsgipfel der Staats- und Regierungschefs

In einer Regierungserklärung äußerte sich die Bundeskanzlerin am Donnerstag im Plenum des Deutschen Bundestages zum Europäischen Rat am 9. März und zum Vorbereitungstreffen der 27. EU-Staats- und Regierungschefs für den Jubiläumsgipfel in Rom am 25. März. Traditionell bestimmen Themen wie die wirtschaftliche Lage der EU, der Digitale Binnenmarkt und der Freihandel die Agenda des Europäischen Rates, so die Bundeskanzlerin. Ausgehend von den im Februar auf Malta getroffenen Vereinbarungen werden sich die Staats- und Regierungschefs daneben zu den Themen Migration und Mittelmeerroute beraten. Anlässlich des 60. Jahrestages der Römischen Verträge am 25. März 2017 steht der zweite Gipfeltag im Zeichen der „Zukunft der EU 27“. Am 1. März legte die EU-Kommission hierfür in einem Weißbuch fünf Optionen für die Weiterentwicklung der EU vor. Auch das EU-Parlament hat im Februar Entschlüsse zur Zukunft der EU angenommen. Nicht zuletzt wird sich die Bundesrepublik auf dem bevorstehenden Gipfel für die Wiederwahl des Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, einsetzen.

2. Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

In zweiter und dritter Lesung setzte der Deutsche Bundestag eine EU-Richtlinie zum Schadenersatz für Kartellschäden um. Sie ermöglicht Unternehmen und Verbrauchern ihre Schadenersatzansprüche wegen Kartellverstößen Dritter effektiver durchzusetzen. Weitere gesetzliche Verbesserungen betreffen die Anpassung des Kartellrechts an die zunehmende Digitalisierung und die Schließung einer bestehenden Haftungslücke. So können sich Unternehmen nicht durch Umstrukturierungen ihrer Bußgeldhaftung entziehen.

3. Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher EU-Richtlinien zur Arbeitsmigration

In zweiter und dritter Lesung beschloss das Plenum des Deutschen Bundestages ein Gesetz zur Umsetzung von drei aufenthaltsrechtlichen EU-Richtlinien zur Arbeitsmigration von Drittstaatsangehörigen in die Mitgliedstaaten in das deutsche Aufenthaltsrecht. Auf diesem Weg wird insbesondere die innereuropäische Mobilität von Forschern, Studenten, Praktikanten und Teilnehmern am europäischen Freiwilligendienst sowie von unternehmensintern transferierten Arbeitnehmern und Saisonarbeitnehmern gefördert.

4. Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung der GKV

In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir im Plenum des Deutschen Bundestages Maßnahmen zur Stärkung der Arzneimittelversorgung von gesetzlich Krankenversicherten und des Pharmastandortes Deutschland als solchem. Patienten müssen sich auch künftig darauf verlassen können, mit hochwertigen und innovativen Arzneimitteln versorgt zu werden. Gleichzeitig soll die langfristige Finanzierbarkeit des deutschen Gesundheitswesens gewährleistet sein. Mit diesem Gesetz sollen auch die mit dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz eingeführten Instrumente

weiterentwickelt werden, zum Beispiel durch bessere Berücksichtigung der Besonderheiten von Kinderarzneimitteln und Antibiotikaresistenz bei der Nutzenbewertung.

5. Relevantes aus Mannheim und der Region

Aufstockung der Polizei

Ich fordere eine erhebliche Aufstockung der Mittel für die baden-württembergische Polizei. Angesichts deren hoheitlichen Auftrages bin ich überrascht von Umfang und Ausmaß des Einsatzes von Polizeifreiwilligen. Deren Dienst ist zwar für die Verankerung der Polizei in der Bevölkerung wichtig, es ist aber beunruhigend, daß die Polizei als Freund und Helfer auf Freiwillige angewiesen ist, um Großereignisse zu bewältigen oder zumindest minimale Präsenz in den Städten und Gemeinden zu zeigen. Den komplementären Einsatz von Polizeifreiwilligen unterstütze ich. Ein Staat muß sich aber der Frage stellen, ob er seinen ureigensten Aufgaben noch nachkommt, wenn er zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung auf Freiwillige angewiesen ist. Allein in Mannheim sind nach mir vorliegenden Informationen mehr als einhundert Polizeifreiwillige im Einsatz. Dennoch übersteigt die Überstundenzahl der beamteten Kräfte die 100.000er Marke. Die derzeit geführte Diskussion um Bewaffnung und Uniformierung der Polizeifreiwilligen, wie vom Vorsitzenden der Jungen Union Baden-Württemberg und Mannheimer CDU-Bundestagskandidaten Nikolas Löbel gefordert, halte ich für verfehlt. Soweit mir bekannt ist, tragen Polizeifreiwillige im Einsatz sowohl Waffen als auch Uniformen. Entsprechende Forderungen kann ich insofern nicht nachvollziehen.

Aufruf zur Teilnahme an der Juniorwahl 2017

Ich rufe alle weiterführenden Schulen Mannheims auf, sich an der diesjährigen Juniorwahl zu beteiligen. Die Juniorwahl ist keine Wahl, sondern vielmehr ein praxisorientiertes Konzept, das die politische Bildung zum Kernthema hat. Nach dem Motto „Politik mal anders – Üben und Erleben von Demokratie“ begleitet das Projekt Schulklassen ab der Klassenstufe 7 für einen Monat zum Thema „Wahlen und Demokratie“ im Unterricht. Das unterrichtsbegleitende Projekt findet seit 1999 bundesweit parallel zu Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Europawahlen statt. Höhepunkt des Schulprojekts ist die bundesweite Wahl, die in der Woche vor der Bundestagswahl abgehalten wird. Die Schülerinnen und Schüler können bei ihrer Wahlabgabe wählen zwischen der klassischen Papierwahl und der Onlinewahl. Das Ergebnis wird am Abend der Bundestagswahl durch den diesjährigen Schirmherrn des Projekts, den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert, bekannt gegeben. Schülerinnen und Schülern, die noch nicht wahlberechtigt sind, auf diese Weise unser Wahlsystem näher zu bringen, begrüße ich sehr. Auf diese Weise wird den jungen Menschen schon frühzeitig klar gemacht, wie eine Wahl aufgebaut ist und verläuft und wie wichtig es ist, wählen zu gehen. Denn wer von seinem Wahlrecht Gebrauch macht und wählen geht, entscheidet mit seiner Stimme darüber mit, wer das Land regiert und wer die Gesetze für das Land macht. Ich unterstütze daher das Projekt

und fordere alle weiterführenden Schulen Mannheims auf, sich an der bundesweiten Juniorwahl zu beteiligen. Weitere Informationen finden Sie unter www.juniorwahl.de